

SCHRAMM ÖHLER
RECHTSANWÄLTE

Allgemeine Unfallversicherungsanstalt
Frau Astrid Burisch
Adalbert-Stifter-Straße 65
1200 Wien

Per Mail: astrid.burisch@auva.at

Dr. Johannes Schramm MBL
Dr. Matthias Öhler
Dr. Georg Zellhofer
Mag. Gregor Stickler
Dr. Dagmar Malin
Dr. Andreas Gföhler
Mag. Christian Unger
Mag. Aglaja Zeileissen*

Donnerstag, 22. Mai 2014
21/JM/2014-05-22_B_AUVA

Prüfung Direktvergabe Firma Hochenegg Michael Druck & Verlag

Sehr geehrte Frau Burisch!

Sie haben uns mit der Prüfung der Frage beauftragt, ob die Wahl der Direktvergabe für drei Aufträge an die Firma Hochenegg Michael Druck & Verlag, 1010 Wien, (kurz Fa. Hochenegg) im Zusammenhang mit der Zeitschrift „Sichere Arbeit“ und „Sicherheitsmagazin“ rechtmäßig war.

Unser Ergebnis ist, dass die Wahl der Direktvergabe für alle drei Aufträge rechtmäßig erfolgt ist.

Unser Ergebnis basiert auf den uns mit E-Mail vom 19.5.2014 übermittelten Informationen. Diese umfassen neben den in diesem E-Mail enthaltenen Angaben ein Bestellschreiben der AUVA vom 29.4.2010 über Beratungsleistungen zur Ausschreibung „Fach- und Kundenzeitschrift“ sowie zwei Honorarnoten Nr. 03.10 vom 8.2.2010 sowie Nr. 02.11 vom 20.4.2011.

Demnach gehen wir von folgendem Sachverhalt aus: Die AUVA hat die Fa. Hochenegg mit der Analyse der beiden Zeitschriften „Sichere Arbeit“ sowie „Sicherheitsmagazin“ beauftragt (siehe Details zum Leistungsumfang die Honorarnote Nr. 03.10). Fa. Hochenegg hat mit Schreiben vom 8.2.2010 eine Rechnung von EUR 6.600,-- ohne USt über diese Leistung gelegt. In weiterer Folge hat die AUVA die Fa. Hochenegg einen Auftrag über Beratungsleistungen zur Ausschreibung „Fach- und Kundenzeitschrift“ mit einem Auftragswert von EUR 89.000,-- ohne USt erteilt. In der Folge hat die Fa. Hochenegg das Vergabeverfahren zur Herstellung dieser beiden Zeitschriften begleitet. Das Vergabeverfahren wurde im Jahr 2010 beendet. In der Folge hat die AUVA die Fa. Hochenegg mit der „Nachbetreuung für die Fachzeitschrift“

Schramm Öhler Rechtsanwälte OG
A 1010 Wien, Bartensteingasse 2
T +43/1/409 76 09, F +43/1/409 76 09-30
kanzlei@schramm-ohler.at, www.schramm-ohler.at
DVR 210 90 70, FN 203497k HG Wien
*derzeit in Karenz

SCHRAMM ÖHLER
RECHTSANWÄLTE

Seite 2

ten/Überprüfung der Einhaltung des Leistungsverzeichnisses für das erste Erscheinungsjahr“ beauftragt. Diese Beauftragung bzw. deren Bedarf war vom Zeitpunkt der ersten beiden Beauftragungen noch nicht vorhersehbar. Die Fa. Hochenegg hat für diesen dritten Auftrag mit Schreiben vom 20.04.2011 eine Rechnung über EUR 10.800,-- ohne USt gelegt.

Wir gehen davon aus, dass die jeweiligen Rechnungssummen auch dem **geschätzten Auftragswert** zum Zeitpunkt der Einleitung der jeweiligen Direktvergabe entsprechen.

Aus **rechtlicher Sicht** liegen drei **Direktvergaben** vor. Nach § 41 Abs. 1 in Verbindung mit § 25 Abs. 10 BVergG 2006 handelt es sich bei einer Direktvergabe um ein formfreies Verfahren, bei welchem eine Leistung unmittelbar von einem ausgewählten Unternehmen gegen Entgelt bezogen wird. Nach § 41 Abs. 2 BVergG 2006 in Verbindung mit der Schwellenwertverordnung 2012 ist die Wahl der Direktvergabe nur zulässig, wenn der geschätzte Auftragswert EUR 100.000,-- nicht erreicht.

Ein erster Blick auf die drei Direktvergaben zeigt, dass **keiner der Direktvergaben diesen Schwellenwert erreicht**. Zu prüfen ist jedoch, ob der geschätzte Auftragswert dieser drei Direktvergaben mit der Wirkung **zusammen zu rechnen** ist, dass der Schwellenwert von EUR 100.000,-- überschritten wird. In diesem Fall wäre zumindest die dritte Direktvergabe unzulässig.

Nach den uns vorliegenden Informationen war zum Zeitpunkt der Beauftragung der ersten und zweiten Direktvergabe die dritte Beauftragung bzw. deren Bedarf nicht absehbar. Nach § 13 Abs 1 BVergG 2006 ist Grundlage für die Berechnung des geschätzten Auftragswertes der **Gesamtwert, der vom Auftraggeber „voraussichtlich zu zahlen“** ist. Leistungen bzw. Auftragswerte, die bzw. deren Bedarf nicht vorhergesehen wurde und jedenfalls auch nicht vorhersehbar war, müssen und können nicht zu einem einzigen geschätzten Auftragswert zusammengerechnet werden. Kosten für Unvorhergesehenes sind nicht zu berücksichtigen.¹ Voraussetzung für eine Zusammenrechnung ist daher, dass die dritte Beauftragung bzw. deren Bedarf im Zeitpunkt der Beauftragung der ersten beiden Direktvergaben vorausszusehen und damit absehbar war, oder, mit anderen Worten, vom Vorhaben „Prüfung und Ausschreibung der Zeitschriften „Sichere Arbeit“ und „Sicherheitsmagazin““ erfasst war. Dies ist nach Ihren Angaben nicht der Fall. Aus diesem Grund ist eine Zusammenrechnung nicht geboten.

Daraus folgt, dass die **Wahl sämtlicher drei Direktvergaben zu Recht** erfolgt ist.

Mit freundlichen Grüßen



(Matthias Öhler)

¹ BVA 4.2.2013, N01117-BVA/14/2012-34; *Heid in Heid/Preshmayr*, Handbuch Vergaberecht, 3. Auflage, RN 274.